

Steuerbefreiung für Feuerwehrsold – Einsatz der PKF zahlt sich aus

Etappensieg in beiden Kammern

Im Zuge der Beratungen zum Bundesgesetz über die Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes haben die eidgenössischen Räte während der letzten Session im Sinne der AdF entschieden. Allerdings ist dies vorderhand nur ein Etappensieg, denn während der Nationalrat Sold und Funktionsentschädigungen bis zu einer Höhe von 5000 Franken von den Steuern befreien will, sieht dies die Kleine Kammer nur für den Sold vor. Das Geschäft geht in die Differenzbereinigung.

Seit Jahren setzen sich der Schweizerische Feuerwehrverband SFV und die Feuerwehr Koordination Schweiz FKS dafür ein, dass Sold und Funktionsentschädigungen für die Angehörigen der Feuerwehr von Steuern befreit werden. In ihren Anstrengungen unterstützt werden die beiden Feuerwehrorganisationen wirkungsvoll von der parlamentarischen Kerngruppe Feuerwehr, die der SFV 1966 ins Leben gerufen hat.

Spannender als ein Krimi

Dass sich diese Parlamentarier unter der Führung der Präsidentin Corina Eichenberger für die Anliegen der Feuerwehren engagieren, zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Geschäftes, das die Bundeskanzlei übrigens unter der Geschäftsnummer 10.040 in der Curia Vista rapportiert. Im November 2010 debattierte die zuständige vorberatende Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK NR) und entschied in der Mehrheit, dem Antrag des Bundesrates zu folgen, der für den Bereich Sold eine Steuerbefreiung bis zu einer Höhe von 3000 Franken vorschlug und die Entschädigungen nicht einbezog. Eine Kommissionsminderheit unterlag mit dem Vorschlag, die Freigrenze auf 5000 Franken zu erhöhen und die Formulierung Sold und andere Entschädigungen anzuwenden, mithin auch Kader- und/oder Funktionsentschädigungen zu privilegieren.

Der Nationalrat allerdings folgte am 15. Dezember 2010 der Kommissionsminderheit. Mit 89 gegen 69 Stimmen beschloss der Rat die höhere Obergrenze von 5000 Franken und schloss neben dem Sold für die Steuerbefreiung auch die Entschädigungen ein.

Im Januar beriet die WAK des Ständerates das Geschäft. Und trotz dem Resultat im

Nationalrat beschloss auch die vorberatende Kommission des Zweitrates, dem Vorschlag des Bundesrates zu folgen. Doch auch hier entschied der Rat gegen die Kommission und zugunsten der Angehörigen der Feuerwehr. Mit 31 zu 9 Stimmen beschloss der Ständerat am 15. März 2011 für eine Steuerbefreiung bis zu einer Limite von 5000 Franken. Allerdings ist dies nur auf den Sold beschränkt, nicht eingeschlossen die Entschädigungen für Funktion und Kaderaufgaben. Die beiden Räte sind sich mithin nicht einig. Das Gesetz über die Steuerharmonisierung geht ins Differenzbereinigungsverfahren.

Der Kampf für die Interessen der Feuerwehr geht weiter, und der SFV, die FKS und die PKF werden sich weiter dafür engagieren.

Wertvolle Überzeugungsarbeit der PKF

Mehrheiten im Parlament sind nicht ohne Arbeit zu erreichen. Für die Präsidentin der PKF und die anderen Mitglieder der PKF galt es, während dem parlamentarischen Prozess Überzeugungsarbeit zu leisten und zahlreiche Gespräche mit Parlamentskolleginnen und -kollegen zu führen. In weiten Teilen mit Erfolg, wie Figura zeigt, denn es ist wesentlich dem Engagement der PKF zuzuschreiben, dass die Räte zugunsten der Feuerwehrleute entschieden haben. Damit wird der naturgemäss etwas wolkenhafte Begriff Lobbying, also die Vertretung der Interessen der Angehörigen der Feuerwehr, den sich der SFV auf die erste seiner vier strategischen Säulen geschrieben hat, für einmal sehr konkret.

Viele Parlamentarier haben sich für die Interessen der Feuerwehr eingesetzt, beispielhaft drei (gekürzte) Auszüge aus den Debatten:

Corina Eichenberger, FDP AG: Ich lege meine Interessen offen: Ich bin Präsidentin der parlamentarischen Kerngruppe Feuerwehr und möchte Ihnen kurz die Position des Schweizerischen Feuerwehrverbandes darlegen. Der Schweizerische Feuerwehrverband unterstützt die Lösung, wie sie der Minderheitsantrag I beinhaltet, nämlich die



Fotos: Bruno Petroni, Walter Plammatter und zVg

Steuerbefreiung des Soldes und anderer Entschädigungen an Milizfeuerwehrleute bis zum Betrag von 5000 Franken. Es bestehen in den Kantonen sehr unterschiedliche Entschädigungssysteme mit zum Teil Jahresentschädigungen, Funktionszulagen und verschiedensten anderen Vergütungen. Die Steuerbefreiung nur des Soldes würde dieser Vielfalt der Entschädigungen in den Kantonen nicht gerecht. Der Feuerwehrverband bittet deshalb darum, die Lösung der Minderheit I (Antrag Baader) zu unterstützen.

Caspar Baader, SVP BL: Als ehemaliger Geräteführer in der Feuerwehr – dies zur Offenlegung meiner vergangenen Interessen, aber immer noch bestehenden Sympathien – bitte ich Sie höflich, dem Konzept der Minderheit I zu folgen, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Der von der Mehrheit geplante Steuerabzug mit einer Obergrenze von jährlich lediglich 3000 Franken ist meines Erachtens klar zu tief und sollte auf die Obergrenze von 5000 Franken erhöht werden. Das Feuerwehrwesen ist eine zentrale Säule im schweizerischen Bevölkerungsschutzsystem und funktioniert gut. Rund 99 Prozent der über 100 000 Feuerwehrleute in diesem Land leisten ihren Dienst als Milizlerinnen und Milizler. Daher müssen wir dazu Sorge tragen, dass sich auch in Zukunft genügend Personen für diesen wichtigen Milizdienst zur Verfügung stellen. Dies betrifft vor allem auch den Kaderbereich, weil auch in der Feuerwehr eine Kaderfunktion mit einem zeitlichen Zusatzengagement verbunden ist. Mit einer Erhöhung des steuerfreien Maximalabzugs von 3000 Franken auf 5000 Franken können wir dieses Engagement angemessen honorieren und einen Anreiz schaffen, damit auch in Zukunft Leute solche Kaderfunktionen übernehmen.

2. Mit meinem Minderheitsantrag beantrage ich Ihnen, dass dieser steuerliche Abzug bis zum Betrag von 5000 Franken nicht nur für den Feuerwehrosold im engsten Sinn, sondern auch für andere, soldähnliche Entschädigungen für die Tätigkeit als Milizfeuerwehrfrau oder Milizfeuerwehrmann gemacht werden kann. Meines Erachtens sollen auch Kaderpauschalen oder Funktionszulagen darunterfallen. Diesen Antrag meiner Minderheit I für einen über den Sold hinausgehenden Freibetrag von 5000 Franken haben übrigens auch die Kantone in der Vernehmlassung mehrheitlich unterstützt, und er entspricht, wie wir vorhin von Frau Eichenberger gehört haben, auch dem Wunsch des Schweizerischen Feuerwehrverbandes. Dadurch sollen insbesondere auch Kaderleute für ihre zahlreichen Vorbereitungen, die risikoreichen Ernstfallein-



Corina Eichenberger, die Präsidentin der parlamentarischen Kerngruppe Feuerwehr.

sätze und die Nachbereitungen, die neben ihrem beruflichen und familiären Engagement stattfinden, entschädigt werden.

Werner Luginbühl BDP BE: Ich will zuerst meine Interessen offenlegen: Ich bin Mitglied der parlamentarischen Kerngruppe Feuerwehr, und ich war während mindestens fünfzehn Jahren Rohrführer der Feuerwehr meiner Wohngemeinde. Die Feuerwehren leisten – darin dürften wir uns einig sein – einen wichtigen Beitrag zugunsten der Öffentlichkeit im heiklen Bereich der Sicherheit. Sie schützen die Menschen in ausserordentlichen Lagen, sie retten Menschenleben; sie trainieren den Ernstfall nicht nur, denn jeder Einsatz ist ein Ernstfall. Von Feuerwehrleuten wird eine hohe Verfügbarkeit erwartet, die Einsätze finden zu jeder Tages- und Nachtzeit, während Wochenenden, bei Schnee und bei Regen, häufig unter schwierigen, manchmal gar gefährlichen Bedingungen statt. Feuerwehren sind ein zentrales Element unseres Sicherheitssystems. Die Entschädigungen der Milizfeuerwehren für diese zeitintensive und risikoreiche Arbeit sind keinesfalls fürstlich, im Gegenteil, sie sind bescheiden. Auch die Milizfeuerwehren, und von diesen spreche ich von nun an, mussten in den letzten Jahren immer professioneller werden. Damit stieg der Aufwand für Übungen und Kurse, vor allem stieg auch der Aufwand für die Kader.

Nicht alle sind bereit, diesen Aufwand zu leisten. Die Rekrutierung ist in den letzten Jahren schwieriger geworden. Mit unserer Entscheidung, den Feuerwehrosold von der Besteuerung zu befreien, machen wir aus einer bescheidenen Entschädigung noch keine grosszügige. Wir leisten aber einen enorm wichtigen, auch psychologisch wichtigen Beitrag zur Motivation, so etwa nach dem Motto: «Wenn ich schon einen überdurchschnittlichen Einsatz für die Öffentlichkeit

leiste und dafür minimal entschädigt werde, muss ich zumindest diesen Beitrag nicht auch noch versteuern.» Wenn wir heute dieses Zeichen setzen, was das Wichtigste ist, sollten wir es nicht allzu kleinlich tun. Es mag sein, dass der Sold der Mehrheit der Feuerwehrleute unter der Grenze von 3000 Franken liegt. Aber es gibt eben auch welche, die einen Sold haben, der darüber liegt. Vor allem sind das diejenigen, die am meisten leisten, nämlich die Kader; auch diese sollten Platz haben in diesem Rahmen.

Der Kampf für die Interessen der Feuerwehr geht weiter

Damit das Endziel, nämlich die Befreiung von Sold und Entschädigungen im Feuerwehrdienst bis zu einer Höhe von 5000 Franken, Realität wird, werden sich der SFV, die FKS und die PKF weiter engagieren. Allen voran Corina Eichenberger, die sich seit einigen Monaten als Präsidentin der PKF im Sicherheitsbereich insbesondere für die Anliegen der Feuerwehren der Feuerwehren einsetzt. «Sicherheitspolitik ist spannend», sagt die Aargauer Nationalrätin und stellt fest, mit dem Einstieg in die SIK, die Kommission Sicherheit des Nationalrates, sei sie in einen höchst interessanten Bereich vorgestossen. Vor ihrer Mitgliedschaft in der PKF hatte die Nationalrätin mit der Feuerwehr, wie die meisten unserer Mitbürger, nichts zu tun. «Wie viele hatte auch ich immer einige Kollegen, die Feuerwehrdienst leisteten. So habe ich auch gesehen, was das bedeutet, welches Engagement die Frauen und Männer in Kauf nehmen und auch welche Risiken. Das beeindruckt mich immer wieder.»

Die PKF-Präsidentin weiss aber auch: «Sicherheit ist heute in unserem Land ein hohes Gut, aber auch eine Selbstverständlichkeit. Auf der Strasse, im Alltag, über-

all – auch die Feuerwehr ist eine Selbstverständlichkeit. Doch wir müssen dafür sorgen, dass das hohe Gut Sicherheit auch gesichert werden kann. Und das ist nicht einfach. Wird es doch auch immer schwieriger, Interessierte für den Freiwilligendienst zu rekrutieren.»

Zum Zeitpunkt der Unterhaltung mit der Nationalrätin Eichenberger waren im Bereich Steuerbefreiung mit dem Entscheid des Nationalrates bereits erste Zwischenziele erreicht. Warum aber ist es schwierig, für die Anliegen der Feuerwehr zu überzeugen, warum sprachen sich die vorbereitenden Kommissionen gegen die Sache der Feuerwehr aus? Die Präsidentin der PKF erklärt: «Den Gedanken der Miliz verstehen unsere Kollegen im Parlament gut, denn sie sind ja auch Milizer. Verstanden wird auch, dass man die Feuerwehrleute nicht schlechter stellen soll als andere – es geht um Gleichbehandlung. Mühe, unser Anliegen durchzubringen, haben wir bei den Finanzpolitikern und den juristischen Puristen, die sich auch schwer damit tun, dass sich Sold und Entschädigungen nicht absolut auseinanderhalten lassen. Finanzpolitiker haben nun einmal eine andere Sicht der Dinge und entscheiden auch so.»

Sicherheit bleibt Sache der Kantone

Im Herbst stehen National- und Ständeratswahlen an. Bei einer allfälligen Wiederwahl wird Corina Eichenberger sich weiter im Bereich Sicherheit und mithin als Präsidentin der parlamentarischen Kerngruppe Feuerwehr für unsere Anliegen stark machen. Sie setzt sich aber auch für andere Ziele ein.

So unter anderem für die Verbesserung der Koordination unter den Kantonen. Die Nationalrätin weiss um die Nachteile der

föderalistischen Strukturen, sie gibt sich aber keinen Illusionen hin. «Die zivile Sicherheit bleibt in der Hoheit der Kantone. Das ist und bleibt eine heilige Kuh und wird nie eine Bundesaufgabe werden. Allerdings muss man ja auch sehen, dass wir alles in allem mit den Nachteilen des Föderalismus gut zurechtkommen. Wir gewinnen mehr, als dass wir verlieren. Besonders durch das im Föderalismus begründete nahe Verhältnis zwischen Bürger und Staat ist der Gewinn grösser als der Verlust.»

Eichenberger sieht im Bereich der öffentlichen Sicherheit aber auch Koordinationsbedarf zwischen den Kantonen und dem Bund: «Die Zusammenarbeit zwischen der Grenzschutz und den Polizeikörpern funktioniert seit der neuen Aufgabenverteilung nicht optimal. Da gibt es Schnittstellenprobleme, und viel Energie wird verpufft.» Als gut funktionierend resümiert die Nationalrätin die Zusammenarbeit zwischen den Polizeikörpern und der Armee. Dies zeige sich bei der Durchführung des WEF in Davos oder beim Frankophoniegipfel. Aber auch bei derartigen Anlässen müsse das Grenzschutzkorps besser und enger eingebunden werden, ist Eichenberger überzeugt. Ebenso überzeugt ist sie gleichzeitig von der Notwendigkeit, dass der Bestand der Grenzer erhöht werden muss.

Wenn man über Sicherheit spricht, muss man auch über Wehr- oder Dienstpflicht sprechen. Corina Eichenberger spricht sich klar gegen eine Abschaffung der Wehrpflicht aus. «Bei einer Abschaffung der

Blick in den Nationalratssaal, in dem der Rat mit 89 gegen 69 Stimmen die höhere Obergrenze von 5000 Franken beschloss.

Die Mitglieder der PKF

Nationalrat

Präsidentin Corina Eichenberger, FDP, Köllikon AG; Vizepräsident Walter Wobmann, SVP, Gretzenbach SO; Didier Berberat, SP, La Chaux-de-Fond NE; Max Binder, SVP, Illnau ZH; Roland Borer, SVP, Kestenholz SO; Eduard Engelberger, FDP, Stans NW; Yvette Estermann, SVP, Kriens LU; Sylvia Flückiger, SVP, Schöftland AG; Andrea Geissbühler, SVP, Herrenschanen BE; Ulrich Giezendanner, SVP, Rothrist AG; Rudolf Joder, SVP, Belp BE; Hans Rutschmann, SVP, Rafz ZH; Marcel Scherer, SVP, Hünenberg ZG; Ernst Schibli, SVP, Otelfingen ZH; Pirmin Schwander, SVP, Lachen SZ; Pius Segmüller, CVP, Luzern LU; Marianne Streiff, EVP, Oberwangen BE; Alec von Grafenried, GPS, Köniz BE; Bruno Zuppiiger, SVP, Hinwil ZH.

Ständerat

Rolf Büttiker, FDP, Wolfwil SO; Bruno Frick, CVP, Einsiedeln SZ; Dr. Felix Gutzwiller, FDP, Zürich ZH; Dr. Hans Hess, FDP, Sarnen OW; Werner Luginbühl, BDP, Krattigen BE.

Wehrpflicht käme nur die Einführung einer Dienstpflicht für alle infrage, für Männer und Frauen.» Sie bedauert, dass der Wille für den Dienst an der Gesellschaft als Grundpfeiler des schweizerischen Systems an Stellenwert verloren hat. Den nicht auf einen konkreten Nutzen ausgerichteten Einsatz des Einzelnen zum Wohle aller hält sie auch heute noch für wichtig. Deshalb gelte es auch, den Stellenwert der Freiwilligenarbeit zu stärken, dies möglicherweise durch den Erwerb von Leistungsausweisen. «Nehmen wir das Beispiel eines Feuerwehrkommandanten. Das sind verantwortungsvolle Führungspositionen. Wer so ein Amt ausübt, hat sich einen Leistungsausweis auch verdient.»

Zur Zukunft der Armee befragt, zeigt sich die Nationalrätin davon überzeugt, dass es die Schweizer Armee auch weiter geben wird. Sie verweist dabei auf die sich stets verändernde Sicherheitslage und die aktuellen Entwicklungen im Maghreb: «Jetzt sehen wieder alle, wie schnell sich bestehende politische Systeme völlig verändern können. Diese Entwicklungen bleiben nicht ohne Einfluss auf die sicherheitspolitischen Überlegungen in unserem Land.»

